

Amtsblatt
der Bayerischen Staatsministerien
für Unterricht und Kultus
und Wissenschaft, Forschung und Kunst

Teil I

Nummer 15

Ausgegeben in München am 16. August 2005

Jahrgang 2005

Inhalt

Seite

I. Rechtsvorschriften

Bayerisches Eliteförderungsgesetz
(BayEFG) 238

Verordnung zur Durchführung des Baye-
rischen Eliteförderungsgesetzes
(DVBayEFG) 242

II. Bekanntmachungen der Bayeri-
schen Staatsministerien für Un-
terricht und Kultus und Wissen-
schaft, Forschung und Kunst

Neuregelung der deutschen Rechtschrei-
bung 246

Zulassung von Lernmitteln 246

III. Bekanntmachungen der Bayeri-
schen Staatsregierung, anderer
bayerischer Staatsministerien
und sonstiger Stellen —

I. Rechtsvorschriften

2230-2-3-WFK

Bayerisches Eliteförderungsgesetz (BayEFG)

Vom 26. April 2005 (GVBl S. 104)

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

I. Abschnitt

Allgemeine Grundsätze

Art. 1

Grundsatz

Hochbegabte Studentinnen und Studenten und besonders qualifizierte wissenschaftliche Nachwuchskräfte werden nach Maßgabe der im Haushaltsplan bereitgestellten Mittel in strukturierten Exzellenzprogrammen gefördert, welche auch die besonderen Anforderungen der Förderung von Frauen in der Wissenschaft berücksichtigen.

Art. 2

Personenkreis

¹Gefördert werden an Hochschulen in Bayern

1. im Rahmen der Studienförderung Studentinnen und Studenten und
2. im Rahmen der Graduierten- und Postgraduiertenförderung besonders qualifizierte wissenschaftliche Nachwuchskräfte,

welche die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedslandes der Europäischen Union besitzen oder einem Staat angehören, mit dem die Gegenseitigkeit gewährleistet ist, und zum Zeitpunkt des Förderbeginns der Studienförderung das 23. Lebensjahr, im Übrigen das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. ²In Ausnahmefällen, insbesondere aus familienpolitischen Gründen, ist eine Überschreitung der Altersgrenzen zulässig.

Art. 3

Art der Förderung

(1) Die Studienförderung erfolgt durch die Aufnahme in ein studienbegleitendes Exzellenzprogramm nach näherer Maßgabe des Art. 6.

(2) ¹In der Graduierten- und Postgraduiertenförderung werden Stipendien zur Durchführung einer Promotion oder eines wissenschaftlichen Vorhabens nach erfolgreichem Abschluss einer Promotion gewährt. ²Promotion oder wissenschaftliches Vorhaben müssen an einer im Freistaat Bayern gelegenen

Hochschule oder Forschungsinstitution durchgeführt und in ein Exzellenzprogramm nach näherer Maßgabe des Art. 8 integriert werden.

(3) ¹Die Förderleistungen erfolgen unabhängig von bestehenden Unterhaltsverpflichtungen Dritter. ²Das Einkommen der Geförderten wird bei allen Geldleistungen angemessen berücksichtigt.

Art. 4

Durchführung der Exzellenzprogramme

(1) ¹Die Exzellenzprogramme für die Studienförderung und die Graduierten- und Postgraduiertenförderung werden von einer dem Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst angegliederten Geschäftsstelle koordiniert. ²Die Durchführung der Programme kann ganz oder teilweise auf einen Dritten übertragen werden.

(2) Die Geschäftsstelle wird von einem Beirat beraten, der vom Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus unter Beachtung einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern berufen wird.

(3) Die Exzellenzprogramme sind in regelmäßigen Abständen zu evaluieren.

II. Abschnitt

Studienförderung

Art. 5

Aufnahme und Beendigung

(1) ¹Für die Studienförderung werden vorgeschlagen

1. von den Schulen und Institutionen in Bayern, die eine Hochschulzugangsberechtigung vermitteln, hochbegabte Schülerinnen und Schüler sowie
2. von den Hochschulen in Bayern hochbegabte Studentinnen und Studenten.

²Dem Vorschlag nach Nr. 2 müssen neben dem Zeugnis über die Hochschulzugangsberechtigung zwei Gutachten zur Förderungswürdigkeit durch unterschiedliche Hochschullehrer oder wissenschaftliche Mitarbeiter beigelegt sein. ³Unter diesen Voraussetzungen sind auch Eigenbewerbungen von Studierenden ab dem 3. Fachsemester zugelassen.

(2) ¹Die nach Maßgabe des Abs. 1 Nr. 1 Vorgesetzten nehmen an einem schulischen Auswahlverfahren teil. ²Zu diesem Auswahlverfahren kann nur zugelassen werden, wer seine Hochschulzugangsberechtigung an einer bayerischen Schule mit einer Note von mindestens 1,30 oder an einer anderen Institution mit vergleichbarer Qualität erworben hat. ³Weitere Zulassungsvoraussetzungen können durch Verordnung gemäß Art. 9 Nr. 2 bestimmt werden.

(3) ¹Die nach Maßgabe des Abs. 1 Nr. 2 Vorgesetzten und die sich nach Maßgabe des Abs. 1 Satz 3 bewerbenden Personen nehmen an einem von der Geschäftsstelle organisierten Auswahlverfahren teil. ²Aufnahmekriterien sind neben der persönlichen Eignung die vorliegenden Gutachten.

(4) ¹50 v. H. eines Aufnahmejahrgangs werden über das Verfahren nach Abs. 2, die weiteren 50 v. H. über das Verfahren nach Abs. 3 aufgenommen. ²Die Aufnahme erfolgt für die Dauer von höchstens vier Semestern auf Probe. ³Nach Ablauf der Probezeit ist auf Grund des gegebenen Leistungsstands über die endgültige Aufnahme in einem weiteren von der Geschäftsstelle organisierten Auswahlverfahren zu entscheiden.

(5) ¹Die Förderdauer richtet sich grundsätzlich nach der Regelstudienzeit des jeweiligen Studiengangs; eine Überschreitung um bis zu zwei Semester ist in Ausnahmefällen, insbesondere aus familienpolitischen Gründen, zulässig. ²Bei konsekutiven Studiengängen erstreckt sich die Förderung bis zum höchstqualifizierenden Abschluss.

(6) ¹Die Förderung endet mit dem erfolgreichen Abschluss des höchstqualifizierenden Studiengangs oder mit Ablauf der Förderdauer. ²Der Wechsel an eine Hochschule außerhalb Bayerns lässt die Förderung entfallen, wenn er nicht durch besondere fachliche Gründe bedingt ist; Art. 6 Abs. 2 bleibt unberührt.

Art. 6

Grundsätze des Exzellenzprogramms

(1) In dem Exzellenzprogramm sind insbesondere geeignete Maßnahmen vorzusehen

1. für die individuelle Betreuung der Geförderten im Rahmen von Mentoraten und Tutorien,
2. für die Vernetzung mit Exzellenzbereichen und frühzeitige Einbindung in die Forschung,
3. für die Förderung der Internationalität sowie
4. für interdisziplinäre, persönlichkeitsbildende und berufsbezogene Veranstaltungen.

(2) ¹In der Regel ist von jedem Geförderten ein Auslandssemester zu absolvieren. ²Folgende Leistungen können dafür einmalig gewährt werden:

1. Eine Sonderzuwendung als pauschaler Zuschuss, wenn keine Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz erfolgen,

2. ein Auslandszuschlag für ein Studium im Bereich der Europäischen Union,

3. eine Erstattung ausländischer Studiengebühren, wenn sie über dem Regelerstattungsbetrag im Sinn des Bundesausbildungsförderungsgesetzes liegen.

(3) Die Geförderten erhalten nach Maßgabe der im Haushaltsplan bereitgestellten Mittel als Sonderzuwendung eine pauschalisierte Unterstützung zur Finanzierung eigenständiger bildungsbezogener Aktivitäten, die nicht der Deckung des Bedarfs für den Lebensunterhalt dient.

(4) Die für die Studienförderung mit Bundesmitteln geltenden Bestimmungen bleiben unberührt.

III. Abschnitt

Graduierten- und Postgraduiertenförderung

Art. 7

Aufnahme und Beendigung

(1) ¹Für die Förderung können aus dem in Art. 2 Satz 1 Nr. 2 genannten Personenkreis Doktorandinnen und Doktoranden, die durch weit überdurchschnittliche Studien- und Prüfungsleistungen eine besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit erkennen lassen, vorgeschlagen werden. ²In Ausnahmefällen können Postdotorandinnen und Postdotoranden, die eine herausragende Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit erkennen lassen, für eine Förderung vorgeschlagen werden.

(2) ¹Vorschlagsberechtigt sind Personen, die Dissertationen und weiterführende Forschungsprojekte an Hochschulen und Forschungsinstitutionen in Bayern betreuen, soweit sie Mitglieder von Fachbereichen oder vergleichbaren Organisationsstrukturen sind, die über ein fachbezogenes und interdisziplinäres Doktorandenausbildungsprogramm verfügen. ²Eigenbewerbungen sind ausgeschlossen. ³Jedem Vorschlag sind zwei fachwissenschaftliche Gutachten beizufügen. ⁴Der Vorschlag muss ein inhaltliches und zeitliches Arbeitsprogramm des der angestrebten Förderung zugrunde liegenden Vorhabens enthalten.

(3) ¹Alle Vorgesetzten nehmen an einem Auswahlverfahren teil. ²Aufnahmekriterien sind neben der persönlichen Eignung die dem Vorschlag zugrunde liegenden Gutachten.

(4) Die Förderdauer beträgt für die Promotionsförderung höchstens drei Jahre und für die Postdotorandenförderung höchstens zwei Jahre.

(5) In begründeten Fällen ist eine einmalige Unterbrechung des Vorhabens möglich.

(6) ¹Die Förderung endet, wenn die Förderdauer abgelaufen ist, das Promotions- oder Forschungsvorhaben endgültig abgeschlossen ist, nicht mehr weiterverfolgt wird oder sich ergibt, dass wegen des Forschungsgegenstands oder des Leistungsstands der

Geförderten eine Weiterförderung nicht mehr Erfolg versprechend ist. ²Ferner endet die Förderung, wenn das Promotions- oder Forschungsvorhaben an einer Hochschule außerhalb Bayerns fortgeführt wird.

Art. 8

Grundsätze des Exzellenzprogramms, Stipendien

(1) In dem Exzellenzprogramm sind geeignete Maßnahmen vorzusehen für die Vernetzung mit Exzellenzbereichen, für die Förderung der Internationalität sowie für interdisziplinäre, persönlichkeitsbildende und berufsbezogene Veranstaltungen.

(2) ¹Wesentlicher Teil der Förderung ist ein Stipendium, das als Zuschuss gewährt wird. ²Die Stipendien sind Zuwendungen im Sinn des Haushaltsrechts und dienen der Sicherung des Lebensunterhalts. ³Das Stipendium besteht aus einem Grundbetrag sowie einem Familienzuschlag, der höchstens ein Viertel des Grundbetrags beträgt. ⁴Für Doktorandinnen und Doktoranden ist der Grundbetrag so zu bemessen, dass er den Grundbetrag der Anwärterbezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst nach Vollendung des 26. Lebensjahres für das Eingangsjahr des höheren Dienstes nicht übersteigt; Postdoktorandenstipendien dürfen im Grundbetrag um 20 v. H. höher bemessen werden.

(3) Üben die Stipendiaten neben der Vorbereitung auf die Promotion oder der Durchführung des Forschungsprojektes eine nicht unmittelbar mit dem geförderten Vorhaben zusammenhängende Tätigkeit aus, die ihre Arbeitskraft über die Dauer von sechs Wochenstunden hinaus in Anspruch nimmt, so ist eine Förderung nach diesem Gesetz ausgeschlossen.

(4) ¹Stipendiaten können zur Förderung ihrer Promotion oder ihres Forschungsprojektes Sonderzuwendungen für Sachkosten, mit Ausnahme von Druckkosten, sowie für Reisekosten erstattet werden, wenn diese Aufwendungen für das Vorhaben erforderlich sind und ihnen die Aufbringung der Kosten nicht zuzumuten ist. ²Reisekosten werden höchstens für die Dauer von drei Monaten gewährt.

IV. Abschnitt

Ermächtigung, In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten, Übergangsvorschriften

Art. 9

Verordnungsermächtigung

Das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst wird ermächtigt im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus und dem Staatsministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung Vorschriften zu erlassen über

1. die Ausgestaltung des Vorschlagswesens und Bewerbungsverfahrens,
2. die Zuständigkeit für die Auswahlverfahren und deren Ausgestaltung,

3. die Aufnahme, Dauer und Beendigung der Förderung,
4. die Ausgestaltung der Geschäftsstelle,
5. die Bildung der Beiräte,
6. die Durchführung der Exzellenzprogramme und deren Evaluierung,
7. die Höhe der Geldleistungen und die Voraussetzungen für die Gewährung des Familienzuschlags,
8. die Anrechnung des Einkommens von Geförderten einschließlich der Verpflichtung, über die Einkommensverhältnisse Auskunft zu erteilen,
9. die Zuständigkeit und das Verfahren bei der Gewährung von Geldleistungen,
10. die Verpflichtung der Stipendiaten, über den Fortschritt der Promotions- oder Forschungsvorhaben und deren Abschluss zu berichten.

Art. 10

In-Kraft-Treten

Dieses Gesetz tritt am 1. Mai 2005 in Kraft.

Art. 11

Außer-Kraft-Treten, Übergangsvorschriften

(1) ¹Das Bayerische Begabtenförderungsgesetz (BayBFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. November 1983 (GVBl S. 1109, BayRS 2230-2-3-WFK), zuletzt geändert durch § 17 des Gesetzes vom 24. März 2004 (GVBl S. 84), tritt mit Ablauf des 30. April 2005 außer Kraft. ²Wer bis 31. Dezember 2004 einen Anspruch auf ein Stipendium gemäß Art. 10 BayBFG erworben hat, dem kann auf Antrag auf der Grundlage des BayBFG und der Verordnung zur Durchführung des Bayerischen Begabtenförderungsgesetzes (DVBFG) ein Stipendium oder die Aufnahme in die Förderung nach dem BayBFG gewährt werden; das Wahlrecht kann nur einmal ausgeübt werden.

(2) ¹Das Gesetz zur Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses vom 18. Dezember 1984 (GVBl S. 527, BayRS 2210-1-3-WFK), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 64 des Gesetzes vom 7. August 2003 (GVBl S. 497), tritt mit Ablauf des 30. April 2005 außer Kraft; die bisher bewilligten Stipendien werden auf der Grundlage dieses Gesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses vom 9. Januar 1985 (GVBl S. 7, BayRS 2210-1-3-1-WFK), zuletzt geändert durch § 6 der Verordnung vom 6. Juli 2001 (GVBl S. 371), weitergewährt. ²Wer ein Stipendium auf Grund des Gesetzes zur Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses erhält, kann nicht in die Doktorandenförderung nach dem Bayerischen Eliteförderungsgesetz aufgenommen werden.

(3) In der Übergangsphase der Jahre 2005 mit 2006 kann von den Quoten des Art. 5 Abs. 4 Satz 1 abgewichen werden.

München, den 26. April 2005

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

KWMBI I 2005 S. 238

2230-2-3-2-WFK

**Verordnung
zur Durchführung des
Bayerischen Eliteförderungsgesetzes
(DVBayEFG)**

Vom 30. Juni 2005 (GVBl S. 248)

Auf Grund des Art. 9 des Bayerischen Eliteförderungsgesetzes (BayEFG) vom 26. April 2005 (GVBl S. 104, BayRS 2230-2-3-WFK) erlässt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst im Einvernehmen mit den Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Finanzen folgende Verordnung:

§ 2

Evaluierung der Förderung

Die Evaluierung der Studien-, Graduierten- und Postgraduiertenförderung erfolgt erstmals fünf Jahre nach In-Kraft-Treten des BayEFG, danach in Abständen von drei Jahren.

I. Abschnitt

§ 3

Allgemeine Grundsätze

Anrechnungsregelungen, Geldleistungen

§ 1

Koordinierung und Durchführung der Förderung

(1) Die Studien-, Graduierten- und Postgraduiertenförderung wird von der dem Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst angegliederten Geschäftsstelle des Elitenetzwerks Bayern (Geschäftsstelle) koordiniert.

(2) ¹Die Geschäftsstelle wird hierbei von einem Beirat, der sich aus vier Vertretern und Vertreterinnen von Seiten der Hochschule sowie jeweils zwei Vertretern und Vertreterinnen von Seiten der Schule und beruflichen Praxis unter gleichberechtigter Teilhabe von Frauen und Männern zusammensetzt, beraten. ²Die Mitglieder des Beirats werden vom Staatsminister oder von der Staatsministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst auf die Dauer von drei Jahren berufen; einmalige Wiederberufung ist zulässig. ³Der Beirat kann sich eine Geschäftsordnung geben.

(3) Für die Durchführung der Studien-, Graduierten- und Postgraduiertenförderung ist die Geschäftsstelle zuständig, soweit nicht durch diese Verordnung oder öffentlich-rechtlichen Vertrag eine Übertragung auf Dritte erfolgt; im Fall der Übertragung auf Dritte nehmen diese staatliche Aufgaben wahr.

(4) ¹Die Geschäftsstelle legt jährlich die Zahl der zu fördernden Studierenden, Graduierten und Postgraduierten auf der Grundlage der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und der zu erwartenden Gesamtaufwendungen fest. ²Sie teilt den Auswahlgremien vor Durchführung der Auswahlverfahren mit, wie viele Plätze neu vergeben werden können.

(5) Die Grundsätze der geschlechtersensiblen Sichtweise in Bayern sind bei der Koordinierung und Durchführung der Studien-, Graduierten- und Postgraduiertenförderung zu beachten.

(1) ¹Soweit nichts anderes bestimmt ist, ist das Einkommen der Geförderten auf die zu gewährenden Geldleistungen anzurechnen. ²Für die Bestimmung des Einkommens gilt § 21 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) – mit Ausnahme von Abs. 3 Satz 1 Nrn. 1 und 4 – entsprechend. ³Leistungen nach diesem Gesetz gelten nicht als Einkommen.

(2) Der Berechnungszeitraum für das Einkommen der Geförderten bestimmt sich in entsprechender Anwendung des § 22 BAföG.

(3) ¹Vom Einkommen der Geförderten werden Freibeträge in entsprechender Anwendung des § 23 BAföG – mit Ausnahme von Abs. 4 Nrn. 1 und 4 – gewährt. ²Für Graduierte und Postgraduierte ist § 23 Abs. 1 Satz 1 Buchst. c BAföG mit der Maßgabe anzuwenden, dass ein Freibetrag von 350 € gewährt wird.

(4) ¹Geldbeträge werden auf volle Euro abgerundet. ²Eine Auszahlung von Beträgen unter 50 € erfolgt nicht.

§ 4

Mitwirkungspflichten

(1) Wer für die Förderung ausgewählt wird, hat der Stelle, welche die Förderung bewilligt,

1. alle Tatsachen anzugeben, die für die Förderung maßgebend sind, sowie auf Verlangen der Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zuzustimmen,
2. Änderungen in den Umständen, die für die Förderung erheblich sind oder über die im Zusammenhang mit der Förderung Erklärungen abgegeben worden sind, unverzüglich mitzuteilen,
3. Beweismittel zu bezeichnen und auf Verlangen Beweisurkunden vorzulegen oder ihrer Vorlage zuzustimmen.

(2) Die Bewilligungsstellen sind berechtigt, von Behörden über die für die Förderung maßgebenden Umstände Auskünfte zu verlangen, soweit diese für die Durchführung des BayEFG oder dieser Verordnung erforderlich sind.

II. Abschnitt

Studienförderung

§ 5

Auswahl von Schulabsolventen und Schulabsolventinnen

(1) 50 v. H. eines Aufnahmejahrgangs für die Studienförderung sind für Absolventen und Absolventinnen von bayerischen Schulen und Institutionen, welche die Hochschulzugangsberechtigung vermitteln, vorgesehen.

(2) ¹Die Aufnahmeentscheidung erfolgt auf Grundlage der vorhandenen Mittel nach Maßgabe der Ergebnisse einer von der zuständigen Schulverwaltung durchgeführten Prüfung unter besonderer Berücksichtigung der Bestenauslese. ²Die Prüfung ist eine mündliche Prüfung und wird benotet. ³Die Prüfung hat neben dem Wissensstand der Prüflinge deren Hochbegabung und umfassende Allgemeinbildung aufzuzeigen.

(3) ¹Voraussetzung für die Zulassung zur Prüfung ist, dass die Hochschulzugangsberechtigung in Bayern mit einer Note von mindestens 1,30 erworben wurde und, sofern die gymnasiale Oberstufe besucht wurde, in die Gesamtqualifikation aus den Halbjahresleistungen in den Grundkursen eine Summe von mindestens 288 Punkten (Note 1,30), aus den Halbjahresleistungen in den Leistungskursen (einschließlich der Facharbeit) eine Summe von mindestens 183 Punkten (Note 1,30) und aus den Abiturprüfungen eine Summe von mindestens 250 Punkten (Note 1,50) eingebracht wurde. ²Wer diese Voraussetzungen erfüllt, ist von den Leitern und Leiterinnen der Schulen und Institutionen, welche die Hochschulzugangsberechtigung vermitteln, für die Prüfung nach Abs. 2 vorzuschlagen. ³Übersteigt die Zahl der vorgeschlagenen Schulabsolventen und Schulabsolventinnen das Dreifache der für deren Förderung vorhandenen Plätze, kann eine Vorauswahl getroffen werden, die die Anzahl der zu Prüfenden auf das Dreifache der für die Förderung von Schulabsolventen und Schulabsolventinnen vorhandenen Plätze im Weg der Bestenauslese beschränkt; die Vorauswahl bestimmt sich nach der Gesamtqualifikation (in der Regel Gesamtpunktzahl) des Schulabschlusses, welche die Absolventen und Absolventinnen erreicht haben.

§ 6

Auswahl von Studierenden

(1) 50 v. H. eines Aufnahmejahrgangs für die Studienförderung sind für Studierende an den Hochschulen in Bayern vorgesehen.

(2) Die Vorschläge und Eigenbewerbungen zur Studienförderung sind zusammen mit den Zeugnissen über die Hochschulzugangsberechtigung und den

bisherigen Studienleistungen sowie den Gutachten zur Förderwürdigkeit bei der Geschäftsstelle einzureichen.

(3) Die auszuwählenden Studierenden nehmen an Auswahlseminaren teil, in denen die persönliche Eignung der Auszuwählenden an den Kriterien

1. fachliche Leistungen

2. vielseitiges Engagement, kreative Intelligenz, kommunikative und soziale Kompetenz sowie Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen,

festgestellt wird.

(4) ¹Die Auswahl wird auf Grundlage der vorhandenen Mittel nach Maßgabe der Ergebnisse der Auswahlseminare und der Gutachten im Weg der Bestenauslese vorgenommen. ²Übersteigt die Zahl der Vorschläge und Eigenbewerbungen das Dreifache der verfügbaren Plätze, kann vor den Auswahlseminaren eine Vorauswahl auf das Dreifache der für die Aufnahme von Studierenden vorgesehenen Plätze durchgeführt werden; diese erfolgt im Weg der Bestenauslese auf der Grundlage der Gutachten zur Förderwürdigkeit und der bisher erbrachten fachlichen Leistungen, wobei ergänzend das Zeugnis über die Hochschulzugangsberechtigung herangezogen werden kann.

§ 7

Aufnahme zur Förderung auf Probe/Endgültige Aufnahme

(1) ¹Die Aufnahme zur Förderung erfolgt zunächst auf Probe. ²In der Aufnahmeentscheidung wird die Dauer der Probezeit (Semesterzahl) festgelegt. ³Drei Monate vor Ablauf der Probezeit haben die Geförderten ihre während der Probezeit erbrachten Leistungsnachweise bei der Geschäftsstelle einzureichen.

(2) Über die endgültige Aufnahme wird auf der Grundlage der während der Probezeit erbrachten fachlichen Leistungen mit Ablauf der Probezeit entschieden.

§ 8

Altersgrenze, Dauer der Förderung

(1) Die Aufnahme zur Studienförderung kann ausnahmsweise auch nach Vollendung des 23. Lebensjahres erfolgen, wenn wegen Wehr- oder Zivildienst, Elternzeit, Betreuung von Unterhaltsberechtigten, Erwerb der Hochschulreife über den zweiten Bildungsweg, Studienaufenthalt im Ausland oder anderen vergleichbaren oder von den zu Fördernden nicht zu vertretenden Umständen eine frühere Aufnahme nicht möglich war.

(2) ¹Eine Förderung nach Überschreiten der Regelstudienzeit um bis zu zwei Semester kann auf Antrag ausnahmsweise bewilligt werden. ²In dem Antrag ist darzulegen, weshalb die Regelstudienzeit überschritten wird. ³Als Gründe kommen Elternzeit, Betreuung von Unterhaltsberechtigten, Studienauf-

enthalte im Ausland oder andere von den Geförderten nicht zu vertretende Umstände in Betracht.

§ 9

Leistungen für ein Auslandssemester

(1) Leistungen für ein Auslandssemester können gewährt werden, wenn die Studierenden nicht anderweitig eine Förderung für ein Auslandssemester erhalten, die mit der Förderung durch das BayEFG vergleichbar ist.

(2) ¹Bei der Durchführung eines Auslandssemesters sind Förderungsleistungen nach dem BAföG vorrangig in Anspruch zu nehmen. ²Aus diesem Grund setzt ein Antrag auf Leistungen nach Abs. 4 die Vorlage einer Entscheidung über den Antrag auf Gewährung von Leistungen nach dem BAföG voraus. ³Soweit dort Feststellungen über die Höhe des anzurechnenden Einkommens der Geförderten getroffen sind, sind diese – mit Ausnahme des Einkommens nach § 21 Abs. 3 Satz 1 Nrn. 1 und 4 BAföG – für den Vollzug des BayEFG verbindlich.

(3) ¹Über Leistungen für ein Auslandssemester wird auf schriftlichen Antrag entschieden, der spätestens drei Monate vor Antritt des Auslandssemesters zu stellen ist. ²Der Bewilligungszeitraum für ein Auslandssemester umfasst die Zeit vom Beginn des Kalendermonats an, in dem die Ausbildung im Ausland tatsächlich aufgenommen wird, bis zum Ende des Kalendermonats, in dem die Ausbildung dort tatsächlich beendet wird. ³Die Gesamtförderungsdauer darf sieben Monate nicht überschreiten.

(4) ¹Studierende, denen für das Auslandsstudium Leistungen nach dem BAföG bewilligt werden, können nach dem BayEFG als Leistungen erhalten

1. für jeden Monat des Bewilligungszeitraums im Ausland einen Auslandszuschlag für ein Studium im Bereich der Europäischen Union in Höhe von 155 €,
2. einmalig die den Regelerstattungsbetrag des in der jeweils gültigen Fassung anzuwendenden § 3 Abs. 1 der BAföG-AuslandszuschlagsV überschreitenden Studiengebühren bis zu einem Höchstbetrag von 3000 €.

²Studierende, denen für das Auslandsstudium dem Grunde oder der Höhe nach keine Leistungen nach dem BAföG bewilligt werden, können eine Sonderzuwendung erhalten, die in der Höhe den Leistungen entspricht, welche nach der BAföG-AuslandszuschlagsV bei einer Ausbildung im Ausland in der jeweils gültigen Fassung zu gewähren wären; daneben können diese Studierenden als Sonderzuwendung die Leistungen nach Satz 1 Nrn. 1 und 2 erhalten. ³Die festzusetzenden Leistungen sind auf die Monate des Bewilligungszeitraums für das Auslandssemester zu verteilen.

§ 10

Leistungen für bildungsbezogene Aktivitäten

¹Die Studierenden erhalten bei entsprechender Mittelbereitstellung im Haushalt als Sonderzuwendung

zu Beginn eines jeden Semesters eine Unterstützung für eigenständige bildungsbezogene Aktivitäten in Höhe von 480 €, sofern ihnen nicht anderweitig vergleichbare Leistungen gewährt werden. ²Auf die Leistungen nach Satz 1 wird das eigene Einkommen der Geförderten nicht angerechnet.

III. Abschnitt

Graduierten- und Postgraduiertenförderung

§ 11

Vorschlagswesen, Vorauswahl

¹Die Vorschläge für die Förderung sind mit

1. einem inhaltlichen und zeitlichen Arbeitsprogramm der Graduierten für das Promotionsvorhaben, der Postgraduierten für das zu fördernde Vorhaben,
2. den fachwissenschaftlichen Gutachten,
3. den Zeugnissen über den Hochschulabschluss und die Hochschulzugangsberechtigung sowie
4. der Beschreibung der vorhandenen Doktorandenbildungsprogramme durch die betreuenden Hochschullehrer im Bereich der Graduiertenförderung bzw. der Dissertation bei der Postgraduiertenförderung

bei der jeweiligen Universität, an der das wissenschaftliche Vorhaben durchgeführt wird, einzureichen. ²Die Universitäten treffen aus den Vorschlägen in entsprechender Anwendung des § 12 eine Vorauswahl; sie treffen die Vorauswahl in jeweils eigener Zuständigkeit und nehmen dabei staatliche Aufgaben wahr. ³Die in der Vorauswahl ausgewählten Vorschläge sind der Geschäftsstelle zu übermitteln und mit einer Begründung für die Auswahl zu versehen.

§ 12

Auswahl

(1) Die Auswahl zur Graduierten- und Postgraduiertenförderung wird auf Grundlage der vorhandenen Mittel nach Maßgabe der persönlichen Eignung und der fachwissenschaftlichen Gutachten im Weg der Bestenauslese vorgenommen.

(2) ¹Die persönliche Eignung bestimmt sich insbesondere nach dem Grad der Befähigung zu wissenschaftlichem Arbeiten sowie nach der Qualität des Zeugnisses über den Hochschulabschluss; bei der Postgraduiertenförderung sind die Voten zur Dissertation zu berücksichtigen. ²Grundlage für die Bewertung der fachwissenschaftlichen Gutachten sind

1. die Qualität und Bedeutung des Vorhabens,
2. die Qualität des wissenschaftlichen Umfelds, in dem das Vorhaben angesiedelt ist, sowie
3. die Qualität des inhaltlichen und zeitlichen Arbeitsprogramms.

(3) ¹Die Auswahl aus den von den Universitäten übermittelten Vorschlägen erfolgt in einem zentralen Auswahlverfahren nach Maßgabe der Abs. 1 und 2. ²Die Aufnahmeentscheidung legt zugleich die Förderdauer (Bewilligungszeitraum) fest.

(4) Die geförderten Postgraduierten haben spätestens mit Antritt der Förderung die Imprimatur ihrer Dissertation vorzulegen; andernfalls scheidet eine Förderung aus.

§ 13

Dauer der Förderung

(1) Die Aufnahme zur Förderung kann ausnahmsweise auch nach Vollendung des 30. Lebensjahres erfolgen, wenn wegen Wehr- oder Zivildienst, Elternzeit, Betreuung von Unterhaltsberechtigten, Erwerb der Hochschulreife über den zweiten Bildungsweg, Studienaufenthalten im Ausland oder anderen vergleichbaren oder von den zu Fördernden nicht zu vertretenden Umständen eine frühere Aufnahme nicht möglich war.

(2) Die Förderdauer in der Graduiertenförderung beträgt in der Regel bis zu zwei Jahre, in der Postgraduiertenförderung maximal ein Jahr.

(3) ¹Eine Verlängerung bis hin zur Förderhöchstdauer von drei Jahren in der Graduierten- und von zwei Jahren in der Postgraduiertenförderung kann auf Antrag ausnahmsweise bewilligt werden, wenn das Vorhaben aus Gründen, die die Geförderten nicht zu vertreten haben, innerhalb des Bewilligungszeitraums nicht verwirklicht werden kann. ²Der Antrag ist mit einem Arbeitsbericht zu versehen, aus dem sich der sachliche und zeitliche Verlauf, die Ergebnisse der bisherigen Arbeit und ein Arbeits- und Zeitplan für den Abschluss des Vorhabens ergeben.

(4) ¹Unterbrechen die Geförderten ihr Vorhaben oder kann es nicht fortgesetzt werden, so haben sie die Stelle, welche die Förderung bewilligt hat, unverzüglich davon zu unterrichten. ²Die Gewährung von Geldleistungen ist mit Beginn der Unterbrechung auszusetzen. ³Das unterbrochene Vorhaben muss binnen sechs Monaten wieder aufgenommen werden; andernfalls endet die Förderung.

(5) ¹Abweichend von Abs. 4 Satz 2 können die Stipendien auf Antrag bis zu sechs Wochen fortgezahlt werden, wenn die Unterbrechung wegen schwerer Krankheit, besonderer familiärer Belastung der Geförderten oder aus ähnlichen von den Geförderten nicht zu vertretenden wichtigen Gründen erforderlich ist. ²Unterbricht eine Geförderte ihr Vorhaben entsprechend den Vorschriften über den Mutterschutz für einen Zeitraum von sechs Wochen vor ihrer Entbindung bis acht Wochen danach, werden die Stipendien für die Zeit dieser Unterbrechung weitergezahlt.

§ 14

Stipendien, sonstige finanzielle Leistungen

(1) Der Grundbetrag der Graduiertenstipendien beträgt monatlich 900 €, der Grundbetrag der Postgraduiertenstipendien 1080 €.

(2) ¹Der Familienzuschlag beträgt monatlich 154 €. ²Der Familienzuschlag wird auf Antrag gewährt, wenn

1. die Geförderten zusammen mit dem anderen sorgeberechtigten Elternteil mindestens ein Kind zu versorgen haben und der andere sorgeberechtigte Elternteil nicht erwerbstätig ist,
2. die Geförderten als Alleinerziehende mindestens ein Kind zu versorgen haben.

(3) Die Stipendien werden am Ende eines jeden Monats ausbezahlt.

§ 15

Berichterstattung

Die Geförderten haben mit Beendigung der Förderung einen Bericht über den Verlauf ihrer wissenschaftlichen Arbeit der Geschäftsstelle vorzulegen.

§ 16

Zuständigkeit der Universitäten

¹Für die Durchführung der Graduierten- und Postgraduiertenförderung ist die Universität zuständig, an der das wissenschaftliche Vorhaben der Graduierten und Postgraduierten verwirklicht wird; von dieser Zuständigkeitsübertragung ausgenommen ist die Durchführung des zentralen Auswahlverfahrens nach § 12 Abs. 3. ²Die Universität nimmt dabei staatliche Aufgaben wahr.

IV. Abschnitt

In-Kraft-Treten, Übergangsvorschrift

§ 17

In-Kraft-Treten, Übergangsvorschrift

(1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Mai 2005 in Kraft.

(2) ¹Entsprechend Art. 11 Abs. 3 BayEFG werden im Jahr 2005 keine Bewerber und Bewerberinnen im Verfahren nach § 6 dieser Verordnung aufgenommen. ²Im Jahr 2006 werden 65 v. H. der Neuaufnahmen über das schulische Auswahlverfahren nach § 5 dieser Verordnung aufgenommen.

München, den 30. Juni 2005

Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Dr. Thomas Goppel
Staatsminister

II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

223011.114-UK

Neuregelung der deutschen Rechtschreibung

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 27. Juli 2004 Nr. VI.4-5 S 4400.4-6.68 274

1. Da der durch die Ministerpräsidentenkonferenz und die Kultusministerkonferenz beauftragte Rat für deutsche Rechtschreibung das Ergebnis der von ihm erbetenen Überprüfung der Amtlichen Regelung von 1996 in der Fassung von 2004 noch nicht vorgelegt hat, wird die bezüglich der Korrektur von Schüleraufsätzen geltende Übergangsfrist über den 31. Juli 2005 hinaus bis auf Weiteres verlängert.
2. Regelwerk und Wörterverzeichnis sind im Internet (auf der Homepage des Instituts für deutsche Sprache, www.ids-mannheim.de, unter „Service-Einrichtungen“) sowie im Buchhandel zugänglich.

E r h a r d
Ministerialdirektor

KWMBI I 2005 S. 246

223011.114-UK

Zulassung von Lernmitteln

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 2. August 2005 Nr. III.6-5 S 1321.1-5.77 774

Die nachstehend aufgeführten Lernmittel werden zum Gebrauch im Unterricht an den bayerischen Schulen für die im Einzelnen angegebenen Schulararten zugelassen.

Die mit * gekennzeichneten Werke verwenden die neue Rechtschreibung.

Lernmittelfreie Lernmittel

Allgemein bildende Schulen

Hauptschule

Arbeit – Wirtschaft – Technik

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

***Praxis**, Hauptschule Bayern:

6: v. Dörfler u.a., BN 116306, Aufl. 05/Dr. A1, 12,95 €, ZN 110/05-V (16.8.05)

Deutsch – Kombinierte Sprach- und Lesebücher

Auer Verlag, Donauwörth:

***Auer Deutschbuch**, *Sprach- und Lesebuch*, v. Hunkel u.a.:

7: BN 4357, 1. Aufl. 05, 19,80 €, ZN 122/05-V (16.8.05), zugl. f.d. Jgst. 7 u. M7

Schroedel Verlag, Braunschweig:

***Wortstark**, *Themen und Werkstätten für den Deutschunterricht*, Bayern:

6: v. Brauer u.a., BN 48091, Aufl. 05/Dr.A1, 19,95 €, ZN 102/05-V (16.8.05)

Englisch

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

***New Highlight**, *Hauptschule Bayern*, v. Williams/Cox:

2: BN 344223, 1. Aufl. 05, 17,95 €, ZN 123/05-V (16.8.05), zugl. f.d. Jgst. 6

Physik/Chemie/Biologie

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

***Natur und Technik Physik/Chemie/Biologie**, *Hauptschule Bayern, Neue Ausgabe*:

7: v. Hampl u.a., BN 855147, 1. Aufl. 05, 18,95 €, ZN 62/05-V (16.8.05)

M7: v. Hampl u.a., BN 855171, 1. Aufl. 05, 19,95 €, ZN 47/05-V (16.8.05)

Realschule

Musik

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

***unisono – Das Liederbuch**, hrsg. v. Brecht/Kalmer, BN 170114, 1. Aufl. 05, 18,80 €, ZN 44/05-R (16.8.05)

GymnasiumEthik

Auer Verlag, Donauwörth:

***Forum Ethik**, hrsg. v. Häußler/Euringer:
5: BN 4063, 1. Aufl. 05, 14,80 €, ZN 111/05-G8
(16.8.05)

Französisch

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

***Découvertes**, zugel. f. Franz. als 1. und 2. FS:
2: v. Alamargot u.a., BN 523821, 1. Aufl. 05, 17,50 €, ZN 69/05-G8 (16.8.05), zugel. f.d. Jgst. 6 bzw. 7
***Découvertes – Grammatisches Beiheft**, v. Kunert u.a., zugel. f. Franz. als 1. und 2. FS:
2: BN 523822, 1. Aufl. 05, 5,70 €, ZN 69/05-G8 (16.8.05), zugel. f.d. Jgst. 6 bzw. 7

Latein – Lehrbücher

C.C. Buchners Verlag, Bamberg/
Oldenbourg Schulbuchverlag, München:

***prima. Gesamtkurs Latein, Ausg. B.**, hrsg. v. Utz, zugel. f. Lat. als 2. FS:
2: BN 5022, 1. Aufl. 05/Dr.05, 22,40 €, ZN 133/05-G8 (16.8.05), zugel. f.d. Jgst. 7

Berufliche SchulenFachakademieAllgemeine und spezielle Übungen I und II

Bildungsverlag EINS, Troisdorf:

***Methoden in Heilpädagogik und Heilerziehungspflege**, hrsg. v. Greving/Niehoff:
Sprachförderung (mit CD-ROM): BN 04872: 1. Aufl. 05, 15,90 €, ZN 131/05-FAK (16.8.05), zugel. an FAK f. Heilpädagogik; die Zulassung beschränkt sich nur auf das gedruckte Buch (vgl. Methoden in Heilpäd. u. Heilerziehungspfl./Sprachförderung)

Kallmeyersche Verlagsbuchhandlung, Seelze-Verder:

***Basale Stimulation in der Pflege – Die Grundlagen**, v. Bienstein/Fröhlich, BN 4001, 2. Aufl. 04, 17,90 €, ZN 77/05-FAK (16.8.05), zugel. an FAK für Heilpädagogik

Methoden in Heilpädagogik und Heilerziehungspflege

Bildungsverlag EINS, Troisdorf:

***Methoden in Heilpädagogik und Heilerziehungspflege**, hrsg. v. Greving/Niehoff:
Sprachförderung (mit CD-ROM): BN 04872, 1. Aufl. 05, 15,90 €, ZN 131/05-FAK (16.8.05), zugel. an FAK f. Heilpädagogik; die Zulassung beschränkt sich nur auf das gedruckte Buch (vgl. Allgem. u. spez. Übungen I u. II/ Sprachförderung)

Sprachförderung

Bildungsverlag EINS, Troisdorf:

***Methoden in Heilpädagogik und Heilerziehungspflege**, hrsg. v. Greving/Niehoff:
Sprachförderung (mit CD-ROM): BN 04872, 1. Aufl. 05, 15,90 €, ZN 131/05-FAK (16.8.05), zugel. an FAK f. Heilpädagogik; die Zulassung beschränkt sich nur auf das gedruckte Buch (vgl. Allgem. u. spez. Übungen I u. II/Methoden in Heilpäd. u. Heilerziehungspfl.)

Nicht lernmittelfreie, aber zulassungspflichtige LernmittelAllgemein bildende SchulenGrundschuleFächerübergreifender Bildungs- und Erziehungsauftrag Verkehrs- und Sicherheitserziehung

Verkehrswacht Medien & Service-Center, Bonn:

***Radfahrausbildung**:
4: v. Isemann u.a., BN 3407, 2. Aufl. 05, 1,95 €, ZN 117/05-V (16.8.05)

Verlag Heinrich Vogel, München:

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

***Radfahren im 4. Schuljahr**, v. Auer/Gramsamer, BN 19250, Aufl. Mai 05, 4,50 €, ZN 214/97-V (16.8.05)

HauptschuleEnglisch

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

***English H – Highlight, Workbook, Hauptschule Bayern**:
3: v. Thorne, BN 69974, 2. Aufl./2. Dr.05, 7,75 €, ZN 14/05-V (16.8.05), zugel. f.d. Jgst. 7, **befr. b.z. Abl. d. Schj. 06/07**

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

***Let's go – Workbook**, Bayern, v. Hamm u.a.:
2: BN 547425, 1. Aufl. 05, 7,70 €, ZN 54/05-V (16.8.05), zugel. f.d. Jgst. 6

GymnasiumEnglisch

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

***Cornelsen English Grammar, English Edition, Große Ausgabe – Practice Book**, v. Seidl/Schwarz:
1: BN 63119, 1. Aufl. 02, 11,75 €, ZN 125/05-G (16.8.05), zugel. f.d. Jgst. 9 u. 10

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

***Learning English Green Line New – Workbook**, Ausg. Bayern, zugel. f. Engl. als 1. FS:
3: v. Ashford u.a., BN 547235, 1. Aufl. 05, 7,90 €, ZN 103/05-G8 (16.8.05), zugel. f.d. Jgst. 7

Französisch

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

***Découvertes – Cahier d'activités**, v. Darras u.a., zug-
gel. f. Franz. als 1. **und** 2. FS:

2: BN 523823, 1. Aufl. 05, 7,80 €, ZN 69/05-G8
(16.8.05), zugel. f.d. Jgst. 6 **bzw.** 7

Die Zulassung der Unterrichtswerke tritt am
16. August 2005 in Kraft.

E r h a r d
Ministerialdirektor

KWMBI I 2005 S. 246